

19. / II. 1916.

106

Zentrumsanträge zur Etatsberatung. Für die zweite Lesung des Etats im Abgeordnetenhaus hat das Zentrum zum Kommissionsantrag zwei Zusatzanträge eingebracht, die im wesentlichen fordern, daß die als Kriegsbeschädigte aus dem Kriege zurückkehrenden Handwerker und andere Mitglieder des Gewerbestandes, die infolge ihrer Verletzung zur weiteren Ausübung ihres seitherigen Berufes untauglich geworden sind, tunlichst der produktiven Tätigkeit in geeigneten Berufszweigen erhalten bleiben sollen; daß die wirtschaftlichen Unternehmungen in ähnlicher Weise wie die Gemeinden in erster Linie die Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten bei Besetzung für sie geeigneter freier Stellen berücksichtigt; daß ferner die Unterbringung der Kriegsbeschädigten, soweit sie in ihren seitherigen Berufen oder in anderen Erwerbszweigen nicht verwendbar sind, tunlichst in geeigneten Beamten- und Arbeitsstellen der staatlichen und sonstigen öffentlichen Betriebe geschieht, und daß zwecks Unterbringung der Kriegsbeschädigten in geeignete Arbeitsstellen das Arbeitsnachweiswesen, insbesondere durch Einrichtung von Zentralarbeitsnachweisen in den Provinzen, ausgestaltet wird.

Ein weiterer Zentrumsantrag verlangt, daß in den Preisprüfungsstellen den Kleinhändlern mindestens die gleiche Anzahl von Vertretern wie dem Großhandel und den Warenherzeugern eingeräumt und den Kleinhandelsorganisationen einer Gemeinde ein Vorschlagsrecht für die Berufung von Vertretern des Kleinhandels gewährt wird; daß die Festsetzung von Höchstpreisen möglichst gleichzeitig für Groß- und Kleinhandel erfolgt.